

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 92-6 vom 29. September 2026

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

bei der Jahreskonferenz des Rats für Nachhaltige Entwicklung
am 29. September in Berlin:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Professor Haug,
lieber Herr Hoffmann,
sehr geehrte Mitglieder des Rats für Nachhaltige Entwicklung,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag,
meine Damen und Herren,

herzlichen Dank für die sehr freundliche Begrüßung, Herr Haug, vielen Dank für die guten Gespräche, die wir auch in den letzten Monaten verschiedentlich führen konnten, und Ihnen, meine Damen und Herren, herzlichen Glückwunsch zum 25-jährigen Bestehen – zum 25. Geburtstag sozusagen – des Rats für Nachhaltige Entwicklung.

Ich freue mich sehr, dass Sie uns, dass Sie die Bundesregierung nunmehr seit 25 Jahren gut beraten. Sie tun das kritisch und unbequem, so wie Sie es gerade auch gesagt haben, aber immer konzentriert und auch konzentriert auf ein Ziel. Denn Ihr Rat ist so alt wie unser Jahrhundert, das 21. Jahrhundert. Dieses Jahrhundert muss eben geprägt sein vom Gedanken der Nachhaltigkeit. Sie, die Mitglieder dieses Rates, haben damit eine prägende Aufgabe – eine prägende Aufgabe für die Herausforderungen der Gegenwart, denen wir uns alle stellen müssen.

Wir haben im 20., im letzten Jahrhundert gelernt, dass Globalisierung, Industrialisierung und Digitalisierung sehr segensreiche Entwicklungen sein können: Sie haben mehr Wohlstand ermöglicht, sie haben wissenschaftlichen Fortschritt ermöglicht, sie haben einen ungeheuren medizinischen Fortschritt ermöglicht, sie haben Vernetzung

ermöglicht – sie haben schlicht ein besseres Leben und ein freieres Leben für viele Menschen auf der Welt – nicht für alle, aber für viele – ermöglicht. Wir haben in dieser Zeit auch gelernt, dass diese Entwicklungen politisch gestaltet werden wollen und dass sie auch gesteuert werden müssen, weil sie ohne Steuerung und ohne politische Gestaltung die Grundlagen unserer Freiheit und sogar die Grundlagen unseres Lebens gefährden können.

Diese Entwicklungen des 20. Jahrhunderts – das gehört zum ganzen Bild dazu – haben eben auch zum Teil den Klimawandel verursacht und auch neue Ungleichheiten auf der Welt ausgelöst. Wir müssen jetzt lernen, mit dieser Dialektik umzugehen. Das war die Lektion des letzten Jahrhunderts.

Nachhaltigkeit ist das Schlüsselwort, das uns zu den Antworten des 21. Jahrhunderts führen kann. Was heißt das? Es heißt, langfristig zu denken, aber auch generationengerecht zu handeln. Das ist eine Definition guter Politik in der Moderne und eben eine Definition von Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist also kein spezifisches Themenfeld. Nachhaltigkeit ist ein Leitprinzip für viele Themenfelder. Das heißt weiterhin: Nachhaltigkeit ist kein Vorrecht, kein Privileg einzelner Parteien, sondern sie ist allenfalls eine Dimension des parteipolitischen Wettbewerbs. Und schließlich heißt das: Nachhaltigkeit hat sehr viele Gesichter. In Deutschland bringen wir damit heute vor allem in Verbindung: Investitionen in die äußere Sicherheit, in die innere Sicherheit und genauso in ökologische Sicherheit, also in Umweltschutz, in Klimaschutz und auch in Klimaanpassung.

Meine Damen und Herren, liebe Mitglieder des Rates, die Modernisierung und Digitalisierung des Staates ist eine solche zentrale Aufgabe, so wie auch der Wohnungsbau, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes, die Sicherung unserer Rohstoffversorgung – eines der besonders kritischen Themen –, der Schutz der biologischen Vielfalt und nicht zuletzt die Stärkung der Bindekräfte unserer Gesellschaft.

Ich hatte heute Morgen das große Glück, bei der Verleihung des Deutschen Schulpriesses dabei zu sein und den Hauptpreis an eine Schule aus Baden-Württemberg zu

vergeben. Die Förderung von Investitionen in Schulen und Ausbildungsstätten, die unsere Kinder und Jugendliche für diese Welt des 21. Jahrhunderts befähigen, ist eine für mich besonders erfüllende und begeisternde Aufgabe. Wenn man die Gesichter dieser Kinder sieht und sieht, wie sie sich über einen solchen Schulpreis freuen können, den Sie zum Teil mit jahrelangen Anstrengungen erstritten und erkämpft haben – und dann die Erfüllung an einem solchen Tag hier in Berlin: Es ist ein großes Glück nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern, für die Lehrer und schließlich, ganz offen gesagt, auch für mich, dies erleben zu dürfen.

Das alles geht aber nur mit auf Dauer tragfähigen öffentlichen Haushalten auf allen staatlichen Ebenen. Genau deswegen reden wir auch über die Reformen unserer sozialen Sicherungssysteme. Diese Reformen sind kein Selbstzweck, sondern sie dienen der Zukunftsfähigkeit, der Nachhaltigkeit, der Tragfähigkeit für junge Generationen, die genauso einen Anspruch darauf haben, ein sicheres und verlässliches System der sozialen Absicherung vorzufinden.

Das alles ist zusammengekommen eine Agenda für Nachhaltigkeit. Es ist auch die Agenda der Bundesregierung. Wir haben in allen diesen Bereichen Maßnahmen ergriffen, wir haben in allen diesen Bereichen Gesetze verabschiedet, und wir haben in allen diesen Bereichen Pläne miteinander ausgearbeitet, die wir in dieser Wahlperiode in die Umsetzung bringen wollen.

Lassen Sie mich auch das hinzufügen: Dies sind keine normalen Zeiten. Dies sind auch keine einfachen Zeiten. Wir beklagen uns nicht darüber, aber wir leben in einer historischen Situation. Was wir in den nächsten vier Jahren entscheiden – und genauso, was wir in diesen Jahren nicht entscheiden –, das wird das Gesicht unseres Landes für vielleicht Jahrzehnte prägen – mehr jedenfalls als in normalen Zeiten.

Das alles ist keine Frage von Optionen, von Möglichkeiten, nach dem Motto: Das könnte man tun und das könnte man vielleicht auch lassen. Nein, wir müssen jetzt die Grundlagen dafür legen, dass unser Land im 21. Jahrhundert lebenswert ist beziehungsweise in möglichst vielen Bereichen vielleicht sogar noch lebenswerter ist, als es heute schon ist. Wir wollen – ich betone das erneut –, dass die junge Generation

ein Land übernimmt, das ihnen nicht nur eine Chance auf Wohlstand, sondern auch ein besseres Leben insgesamt ermöglicht. Generationengerechtigkeit, das ist Nachhaltigkeit.

Das fordert nicht nur von uns, sondern das fordert von unserer Gesellschaft insgesamt, dass wir auf einer ganzen Reihe von Baustellen gleichzeitig tätig werden, zum Teil – auch das sagen wir ganz offen –, weil wir zu lange von der Substanz gelebt haben, zum Teil, weil sich die Welt um uns herum in so rasantem Tempo verändert, und zum Teil, weil wir neue Wege und Mittel finden müssen, um diesen Wandel eben in unserem Sinne mitzugestalten.

Ich will an dieser Stelle keine Hierarchie der verschiedenen Aufgaben der Nachhaltigkeit aufstellen. Es ist aber kein Geheimnis, dass ich die ökonomische Nachhaltigkeit, die Nachhaltigkeit in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, aber auch die Nachhaltigkeit in Fragen des Klimaschutzes und der Ökologie für besonders drängend halte. Alle diese Bereiche sind auf ihre Weise dringlich.

Auch darum ist es aus meiner Sicht einfach kontraproduktiv, dass immer wieder behauptet wird, es gebe insbesondere zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum einen geradezu unauflösbaren Zielkonflikt. Wir haben es aus meiner Sicht vielmehr mit einem – lassen Sie mich das so ausdrücken – Ergänzungsverhältnis zu tun, und zwar nicht nur auf einer abstrakten Ebene, sondern ganz konkret. Die dynamischen Zukunftsmärkte heute entstehen mit Methoden, Verfahren und Produkten, die erneuerbare Energieerzeugung oder die intelligente Nutzung von Energie ermöglichen, indem man einspart und auch effizient speichert.

Deutschland ist – das wissen viele hier im Raum – führend in vielen dieser Wachstumsbranchen. Der Cleantech-Sektor wächst in Deutschland seit 2010, also seit 15 Jahren, überdurchschnittlich mit rund fünf Prozent pro Jahr und damit deutlich dynamischer als die gesamte Wirtschaft. Fünf Prozent in 15 Jahren, das ist mehr als eine Verdopplung innerhalb von anderthalb Jahrzehnten. Wir hatten, um es einmal in Zahlen auszudrücken, bereits im Jahr 2023 eine Bruttowertschöpfung in Höhe von über 300 Milliarden Euro in diesem Bereich. Umwelttechnologien könnten in den nächsten

Jahren bis zu zwei Prozent unseres Bruttoinlandproduktes ausmachen. Nachhaltiger Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaftswachstum sind in diesem Sinne also keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Sie sind genauso Hebel für Resilienz und Energiesouveränität und also für Sicherheit im umfassenden Sinne.

Innovationspolitik ist darum ein zentraler Baustein der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Die meisten von Ihnen werden wissen, dass wir vor einem Jahr mit unserer Hightech-Agenda eine große Innovationsoffensive gestartet haben. Wir fördern Schlüsseltechnologien, die langfristig den Wohlstand unseres Landes sichern sollen und die gleichzeitig dabei helfen können, Probleme der Menschheit zu lösen. Technologien für klimaneutrale Mobilität etwa stehen darin im Fokus, auch die Fusionstechnologie, Biotechnologie, künstliche Intelligenz, die uns allen zusammen schneller Fortschritte in diesen Bereichen ermöglichen.

Wenn wir nur über Möglichkeiten sprechen, dann wird oft übersehen, was tatsächlich schon stattfindet. Deutschland steht – das wird gern übersehen – im internationalen Vergleich sehr gut da, etwa mit Blick auf industrielle KI und Robotik. Das heißt, wir sind in der Lage, mitzubestimmen, wie sich diese vierte industrielle Revolution – wir nennen es ja so – entwickelt und dass sie sich eben im Sinne der Nachhaltigkeit entwickelt.

Wie wir diese Entwicklung am besten lenken, das ist eine politische Frage. Sie alle kennen meine Position, dass die Politik nicht der Versuchung erliegen sollte, diese Transformation bis ins Kleinste zu regulieren. Wir kommen der Steuerungsaufgabe, die wie in der Politik haben, am besten nach, indem wir einfach einen verlässlichen, dauerhaften und auch nachhaltigen Rahmen für die Unternehmen setzen, die in diesen Bereichen tätig sind. Die wichtigste Botschaft dabei ist: Die Transformation zur Klimaneutralität zahlt sich langfristig aus. Wir wissen dabei, dass marktwirtschaftliche Instrumente funktionieren. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Der europäische Emissionshandel hat ganz wesentlich dazu beigetragen, den CO₂-Ausstoß zu senken, Investitionen in saubere Technologien auszulösen und neue, nachhaltige Geschäftsmodelle zu ermöglichen.

Ein zweiter Schritt, nachdem wir im Kabinett und im Parlament entschieden haben, neue Technologien wie etwa CCS und CCU zu ermöglichen, wäre es, nun die Kohlenstoffmärkte international stärker zu vernetzen. Denn klar ist auch: Unsere europäischen Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb mit Volkswirtschaften, in denen teilweise deutlich geringere Anforderungen an den Klimaschutz gelten. Aber niemandem ist doch geholfen, wenn Produktionskapazitäten in Europa abgebaut und andernorts mit höheren Emissionen wiederaufgebaut werden, nur damit wir die dort hergestellten Produkte anschließend nach Deutschland importieren. Also tun wir es doch besser selbst und besser.

Der internationale Kohlenstoffmarkt ist eine Lösung für dieses Problem. Die Idee ist nicht neu. Aber sie ist bisher nicht auf ein entsprechendes politisches Möglichkeitsfenster getroffen. Dieses Möglichkeitsfenster wird sich desto mehr öffnen, je mehr sich in der Welt die Erkenntnis von der Wachstumskraft klimaneutraler Märkte durchsetzt, und das geschieht im Augenblick. Wir, die Deutschen, sind bereit. Wir sollten jedenfalls bereit sein, gemeinsam mit anderen Staaten und Regionen zu prüfen, wie wir gemeinsam in diesen Fragen vorankommen.

Nun, Sie werden mich aber über den Klimawandel nicht nur als Wachstumschance sprechen hören. Das wäre unzureichend. Denn wir sind an einem Punkt angelangt, an dem der Klimawandel nicht mehr allein eine Frage der Prävention ist, sondern längst eine Realität, die Schäden anrichtet. Wir sehen und spüren das immer drastischer auch hier bei uns im Land. Wir alle haben die Bilder der Waldbrände in diesem Jahr noch vor Augen. Es war der heißeste Sommer seit Beginn der Aufzeichnung. Ich kenne viele Landwirte und Forstwirte, die mit den Folgen der Trockenheit schwer zu kämpfen haben und deren Dürre im Boden noch längst nicht vorbei ist. Wir alle kennen Menschen mit Erkrankungen, für die die Hitzewochen eine echte Belastung waren. Der Klimawandel ist zu einer Bedrohung für Leib und Leben geworden. Ökologische Sicherheit bedeutet darum auch Klimaanpassung. Wir müssen vorsorgen. Wir müssen unsere Städte widerstandsfähiger gegen Hitze machen, unsere Infrastruktur besser vor Extremwetter schützen, unsere Wasserressourcen sichern und unsere Land- und Forstwirtschaft an veränderte Bedingungen anpassen.

Das Bundeskabinett hat sich im August genau damit befasst. Ich habe die Bundesregierung und insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kanzleramt darum gebeten, mit den Ländern einen Abgleich vorzunehmen, um festzustellen, an welchen Stellen Verbesserungen für uns alle denkbar sind. Wir haben dafür auch umfassende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Es gibt schon viele Förderprogramme, etwa das Programm des Bundesbauministeriums zur Anpassung urbaner und ländlicher Regionen an den Klimawandel, das Programm des Landwirtschaftsministeriums zum klimaangepassten Waldumbau und das Programm des Umweltministeriums zur Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen.

Wir werden gleichzeitig unsere nationalen Anstrengungen verstärken, um auf nationaler Ebene die 17 Ziele der Agenda 2030, die Sie alle kennen, zu erreichen. Wir haben deswegen schon im November des vergangenen Jahres im Kabinett einen Beschluss gefasst, um die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln. Wir haben darin fünf Handlungsfelder definiert, auf die wir uns fokussieren wollen. Ich nenne sie: Staatsmodernisierung, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und internationale Zusammenarbeit.

Morgen – deswegen passt es gut, dass wir uns heute sehen – werden wir im Kabinett mit dem Aktionsplan „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“ unser Instrument für den politischen Fortschritt auf diesen Handlungsfeldern verabschieden. Wir machen die deutsche Nachhaltigkeitspolitik damit pragmatischer. Vor allem messen wir ihre Erfolge daran, dass sie spürbar und schnell das alltägliche Leben der Menschen verbessert.

Denn genau an diesem Punkt entscheidet sich auch die Akzeptanz für die Nachhaltigkeitspolitik und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt, am Zukunftswillen der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Wille wiederum steht in direkter Abhängigkeit von der Erfahrung, dass langfristorientierte, nachhaltige Politik etwas Gutes bringt. Im Augenblick sind in unserem Land die Ängste vor der Zukunft weit stärker ausgeprägt als die Zuversicht. Darauf muss wohlverstandene Nachhaltigkeitspolitik reagieren. Nachhaltigkeitspolitik muss etwas zum Positiven wenden. Dann wird sie auch die breite Unterstützung in der Bevölkerung finden.

Sie werden darum in dem Aktionsplan, den wir morgen verabschieden, etwa auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Einsamkeit finden. Einsamkeit ist eine zentrale Ursache für Zukunftsangst, gerade auch bei jungen Menschen. Sie finden darin Maßnahmen zur Prävention von Krankheiten, zur Verbesserung der Luftqualität, auch zur Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten. Sie finden darin Maßnahmen zur Unterstützung des organisierten Sports in Deutschland. Sie finden darin Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Wirtschaften im globalen Kontext, zum Beispiel über den Hebel der globalen Textillieferketten. Wir haben schließlich die großen Investitionsvorhaben der Bundesregierung in dem Aktionsplan abgebildet. Eine Mission etwa arbeitet daran, Investitionen aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität genau auf ihre Wirkungen hin zu messen und transparent zu machen.

Die Erfolgchancen dieser Mission hängen übrigens nicht zuletzt davon ab, dass wir in den Verwaltungen ressortübergreifend und verständlich arbeiten. Genau das ist sozusagen auf der Metaebene ein weiterer Zweck unseres Aktionsplans, dass wir Staat und Verwaltung trainieren, kooperativ komplexe Herausforderungen zu lösen, dass wir wegkommen von dem Silodenken in Ressortzuständigkeiten. Auch ein moderner, flexibler Staat ist eine Dimension der Nachhaltigkeit. In diesem Sinne verstehen wir den Aktionsplan auch als nicht abgeschlossen, sondern als ein lernendes Programm. Wir wollen und wir werden ihn weiterentwickeln.

Ich möchte ausdrücklich hinzufügen: Wir setzen dabei auf Ihre Mitwirkung und auf Ihre Ideen. Sie haben in der ersten Runde ja bereits konkrete Vorschläge eingebracht. Auf die erste Fassung dieses Aktionsplans hin sind bei uns 80 Stellungnahmen der Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Wissenschaft eingegangen, viele von denen, die hier auch im Raum sitzen. Lassen Sie mich sagen: Ich danke Ihnen sehr dafür. Ich bitte Sie aber auch, darin nicht nachzulassen.

Nun, ich weiß nicht, wer von Ihnen die neue Enzyklika von Papst Leo XIV. zur Kenntnis genommen hat, die sogenannte KI-Enzyklika. Er war ja gestern in Frankreich und hat dort viel Zustimmung gerade aus der jungen Generation bekommen. Diese Enzyklika enthält eine schöne Definition von Nachhaltigkeit. Dort ist die Rede vom „Aufbau einer Welt, in der alle zur Blüte gelangen können“. Und die Enzyklika enthält auch diesen

folgenden schönen Satz: „Einem jeden seinen Mauerabschnitt: den Wissenschaftlern und Forschern, den Unternehmern und Arbeitnehmern, den Pädagogen und Gesetzgebern, der Zivilgesellschaft, den Volksbewegungen und den Glaubensgemeinschaften.“

Ich finde, das ist ein schönes Wort und eine schöne Aufforderung an uns alle, denn genau so ist es: Nachhaltigkeit, der Aufbau einer modernen Welt, das ist die Aufgabe unserer ganzen Gesellschaft. Die Zukunft, unsere Zukunft entsteht, während wir diese Aufgabe lösen, mit der ganzen Hartnäckigkeit und Kreativität, die uns doch zur Verfügung steht. Die Transformation der nächsten Jahre – auch das sei hinzugefügt – wird nicht ohne Anstrengungen und auch nicht ohne Wachstumsschmerzen vor sich gehen. Wir wechseln gewissermaßen die Achse, während der Zug fährt. Es gibt keine Trockenübungen, keine Versuchslabore. Die Welt um uns herum, sie dreht sich in atemberaubender Geschwindigkeit weiter. Aber mit jedem Schritt, der uns gelingt, und uns gelingt auch viel, wird auch die Zuversicht in unserem Land wachsen und damit das Vertrauen in die Kraft der liberalen Demokratie. So war es in der Vergangenheit, so wird es auch jetzt wieder sein.

Reale Erfolge, reale Erfahrung, genau das ist der Stoff für Zuversicht. Wenn wir uns umsehen, dann werden wir jetzt schon eine Menge davon in unserem Land finden, und zwar in allen Milieus, in allen Sektoren und in allen politischen Lagern. Um es beispielhaft abschließend noch einmal für den Bereich der Wirtschaft konkret zu machen: 2025 war ein Rekordjahr für den Ausbau der erneuerbaren Energien, und diese Dynamik setzt sich fort, entgegen mancher Behauptung, wir würden hierbei auf die Bremse treten. 2025 war ein Rekordjahr für die Gründung von Start-ups in Deutschland, und diese Dynamik zieht noch einmal an. Wir haben die Zahlen des Jahres 2025 schon zur Mitte des Jahres 2026 wieder erreicht. Wir sind also auf dem Weg zu einem innovationsstarken und nachhaltigen Wirtschaftswachstum.

Wir sind genauso auf gutem Weg zu einem verteidigungsfähigen Europa, und wir sind auf einem guten Weg – lassen Sie mich dieses Wort sagen – zur strategischen Souveränität Europas. Wir sind auf gutem Weg zu einem nachhaltigen, zukunftsfähigen Sozialstaat, und wir sind auf sehr gutem Weg zu einem digitalen, modernen,

bürgernahen Staat. Anders formuliert: Wir sind dabei, um das Motto dieser Veranstaltung noch einmal aufzugreifen, eben unsere Zukunft zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie als Rat für Nachhaltige Entwicklung in, sagen wir einmal, 75 Jahren Ihren 100. Geburtstag feiern, dann wird es hoffentlich auch möglich sein, festzustellen: Dieses 21. Jahrhundert ist tatsächlich ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit geworden – in der Welt, in Europa und auch und ganz besonders bei uns in Deutschland.

Herzlichen Dank!

* * * * *